

NACHRICHTEN

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas zu Besuch

VADUZ – Am 3. und 4. November weilt eine dreiköpfige Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas in Liechtenstein. Es ist dies der erste offizielle Besuch einer solchen Kongressdelegation in Liechtenstein. Auf dem Programm stehen Gespräche mit Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrat Martin Meyer sowie Besuche bei den Gemeindeverwaltungen Vaduz, Gamprin und Schellenberg. Zudem wird die Delegation zu Höflichkeitsbesuchen bei Erbprinz Alois und Aussenministerin Rita Kieber-Beck empfangen.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ist neben dem Ministerkomitee und der Parlamentarischen Versammlung das dritte zentrale Organ des Europarats. Er ermöglicht den Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Vertretern von Gemeinden und Regionen und kümmert sich um die Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang besucht er diejenigen Staaten, die diese Charta ratifiziert haben und informiert sich über die Umsetzung der Gemeindeautonomie. In Liechtenstein trat die Charta am 1. September 1988 in Kraft. Zur Zeit wird Liechtenstein durch die Vorsteher Donath Oehri und Norman Wohlwend im Kongress vertreten. (paff)

Informationsveranstaltung der Sportschule Liechtenstein

VADUZ – An der Sportschule Liechtenstein absolvieren leistungsorientierte Sportlerinnen und Sportler aller drei Niveaus der Sekundarstufe I an der Realschule Schaan ein reduziertes Unterrichtspensum. Ergänzend bieten die Sportverbände Trainingsmöglichkeiten und Strukturen, die auf die Bedürfnisse der jugendlichen Sportlerinnen und Sportler eingehen. Eltern sowie Sportlehrerinnen und Sportlehrer der Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan äussern sich aufgrund der bis anhin gemachten Erfahrungen durchwegs positiv über das Konzept sowie über das schulische wie auch das sportliche Angebot. Für leistungsorientierte Sportlerinnen und Sportler der 5. Klassen der Primarschulen, welche mit einer Empfehlung ihres Verbandes für die Sportklasse rechnen können und im kommenden Schuljahr in die Sportklasse eintreten wollen, sowie für deren Eltern findet am Mittwoch, den 9. November um 19 Uhr in der Aula der Realschule Schaan eine Informationsveranstaltung statt. Im Rahmen dieses Anlasses werden Vertreter des Liechtensteinischen Olympischen Sportverbandes (LOS) und der Realschule Schaan über das Konzept der Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan informieren. Zudem besteht die Möglichkeit, sich bei Verbandsverantwortlichen der involvierten Sportverbände sowie bei Eltern, Sportlehrerinnen und Sportlehrern zu informieren. Eine Bewerbung für die Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan kann ausschliesslich über einen Sportverband erfolgen, welcher auch über die geforderten Trainingsstrukturen verfügt.

Informations- und Bewerbungsunterlagen finden Sie unter www.schulen.li/sportschule. (paff)

Matinee in der Gemeindebibliothek

BALZERS – Die Bibliothekskommission Balzers lädt Sie am Sonntag, den 6. November um 11 Uhr recht herzlich zur 3. Matinee in der Gemeindebibliothek in Balzers ein.

Agnes Schuler, Stefan Wächter und Ida Moritz erzählen Alltagsgeschichten aus ihrer Freizeit und von ihrer Arbeit, von ihren Kindheitserlebnissen und ihren Lebensumständen. Durch ihr Erzählen lassen sie uns an ihrem Schatz an Erfahrungen teilhaben, längst Vergangenes wird wieder lebendig und rückt näher. Es werden Brücken geschlagen zwischen den Generationen. Bei einer kleinen Ausstellung von alten Gegenständen und Musik von Adelbert Foser wird ein Apéro offeriert. Die Bibliothekskommission Balzers freut sich auf Ihren Besuch. (PD)

Aus für Milchwirtschaft?

Botschafter Norbert Frick zu den heiklen WTO-Agrarverhandlungen

VADUZ/GENÈVE – Droht der liechtensteinischen Milchwirtschaft das Aus? Diese Frage stellt sich im Zusammenhang mit dem derzeit heftig umkämpften Agrardossier der Welthandelsorganisation (WTO). Wir haben dazu Liechtensteins Vertreter bei der WTO, Botschafter Norbert Frick, befragt.

• Martin Frommelt

In den letzten Wochen ist in Genf, zum Teil in Anwesenheit von Ministern der wichtigsten Handelsmächte, intensiv über das Agrardossier verhandelt worden. Die Zeit drängt. Anlässlich des kommenden WTO-Ministertreffens vom 13. bis 18. Dezember in Hongkong sollen grundsätzliche Beschlüsse gefasst werden. Die Positionen liegen aber nach wie vor weit auseinander. Für die europäischen Staaten geht es auch um die Zukunft ihrer Landwirtschaft.

Forderungen der grossen Agrarproduzenten

Die in der G20 zusammengefassten Schwellenländer unter der Führung Brasiliens streben eine weitgehende Öffnung der Agrarmärkte an. Im Visier der G20 stehen vor allem Europa und Japan was den Abbau des Zollschatzes, das heisst verbesserte Marktzutrittschancen betrifft, aber zusätzlich die USA, was den Abbau der handelsverzerrenden internen Stützungen und der Exportsubventionen anbetrifft.

Vorstoss der USA

Im Wissen darum, dass ohne grössere Zugeständnisse seitens der USA und der Europäer im Agrarbereich die laufende Doha-Welthandelsrunde nicht zu einem Abschluss gebracht werden kann, haben die USA den Ball angestossen und angeboten, die Exportsubventionen bis 2010 abzuschaffen und über eine Periode von 15 Jahren in Stufen alle Zölle und alle handelsverzerrenden Subventionen zu eliminieren (60 Prozent davon in den ersten fünf Jahren). Dazu Norbert Frick: «Die US-Offerte ist an die Bedingung geknüpft, dass der Marktzugang für ihre kompetitive Agrar-Exportwirtschaft spürbar verbessert wird, in anderen Worten, dass Europa und Japan ähnliche Offerten wie die USA auf den Tisch legen. Da die Einfuhrzölle, aber auch die staatlichen Beihilfen für die Landwirtschaft in Europa höher sind als in Amerika, müsste die EU gemäss dem amerikanischen Vorschlag schmerzhaftere Einschnitte (bis zu 80 Prozent) vornehmen als die USA. Für die EU können die amerikanischen Vorschläge deshalb keine Verhandlungsbasis darstellen.»

Angebot der EU

Wie Botschafter Frick weiter ausführte, hat sich darauf die EU mit relativ konkreten Vorschlägen «zum Fenster hinausgelehnt»: «Auch sie hat angeboten, im Laufe der Zeit auf jegliche Exportsubventionen zu verzichten. Hinsichtlich der internen handelsverzerrenden Stützung offeriert die EU eine Reduktion um 70 Prozent. Beim Marktzugang bietet Brüssel einen umso höheren Zollabbau an, je höher die Zölle sind; zu diesem Zweck werden die Zölle in vier Kategorien eingeteilt. Bei denjenigen mit den höchsten Belastungen (mehr als 90 Prozent) an der Gren-



«Beispielsweise liefert Neuseeland Milch für 25 Rappen pro Kilogramm, was wohl das Aus für die liechtensteinische Milchwirtschaft bedeuten würde»: Botschafter Norbert Frick, Liechtensteins WTO-Vertreter.

ze würde der Schnitt mindestens 50 Prozent betragen. Für sensitive Produkte sollen rund 8 Prozent der Zollpositionen, entsprechend rund 160 Produkten, flexibler gehandhabt werden können. Alle Zölle sollen aber auf höchstens 100 Prozent beschränkt werden. EU-intern hat Frankreich nach Bekanntgabe dieser Vorschläge einen Sturm ausgelöst und dem EU-Handelskommissar Peter Mandelson die Überschreitung seines Mandats vorgeworfen. Die Kombination der Zugeständnisse bedeute das Aus für die europäische Landwirtschaft. Besondere Sorgen bereitet Paris der Bereich Marktzugang. Auch die EU-Kommission hat ihr Angebot an eine ganze Reihe von Bedingungen geknüpft, unter anderem an entsprechende Angebote bei anderen Verhandlungsbereichen wie die Liberalisierung des Handels mit Industriegütern und Dienstleistungen.»

Probleme für Liechtenstein

Ein Verhandlungsergebnis im Bereich des EU-Angebotes hätte nach Überzeugung von Botschafter Frick «erhebliche Konsequenzen» für die Landwirtschaft in Liechtenstein und ein Ergebnis im Bereich des US-Angebotes oder der Vorstellungen der G20 wäre völlig unakzeptabel. Norbert Frick: «Die Folgen für die Agrarwirtschaft wären verheerend. Die Differenz der Produktionskosten in der Schweiz (und Liechtenstein) und dem Ausland könnten nicht mehr in genügendem Ausmass durch den Zollschutz aufgefangen werden. Der Markt wäre praktisch offen, nicht nur für Produkte und Lieferanten aus der EU, sondern aus der ganzen Welt. Beispielsweise liefert Neuseeland Milch für 25 Rappen pro Kilogramm, was wohl das Aus für die liechtensteinische Milchwirtschaft bedeuten würde.» Diese kann heutzutage noch mit einem Kilopreis von 70 Rappen rechnen, Tendenz sinkend.

Noch weit auseinander

Wie weit die Vorstellungen einer Lösung noch auseinander liegen,

kann der Reaktionen der G20 entnommen werden. Sie begrüsst das Angebot der EU zwar grundsätzlich, wies aber gleichzeitig mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass dieses zwar in die richtige Richtung gehe, aber natürlich noch um einiges nachgebessert werden müsse.

Veto als Notbremse?

Aufgrund der Entwicklungen sah sich die Schweiz als Sprecher der G10 (die vier EFTA-Staaten, Japan, Korea, Taiwan, Israel und Mauritius) vergangene Woche genötigt, Klartext zu sprechen. Der schweizerische Handelsdelegierte für die Welthandelsorganisation (WTO), Botschafter Luzius Wasescha, verlangte ein angemessenes Mass an Flexibilität für die Nettoimporteure von Lebensmitteln. Wenn man in die Ecke gedrängt werde, würde sich die G10 zwangsläufig zu einer Interessengruppe in der Doha-Runde entwickeln, die das Einlegen eines Vetos als Notbremse erwägen müsste. Es gäbe nicht nur Agrarexportländer, sondern unter anderem auch Nettoimporteure wie die Schweiz und Japan und arme Entwicklungsländer, die ihre Präferenzbehandlung zunehmend verlor. Es sei an der Zeit, die Doha-Runde, die im Besonderen im Agrarbereich zunehmend von Romantikern dominiert werde, auf eine realistische Basis zurückzuführen, die den Bedürfnissen aller Teilnehmer – auch von Minoritäten – Rechnung trage.

Öffnung der Märkte

Nach Aussage von Botschafter Frick sehen die G10-Staaten «aber sehr wohl die Notwendigkeit weiterer Reformen im Agrarbereich und eine weitere Öffnung ihrer Märkte ein. Die G10-Staaten akzeptieren einen ins Gewicht fallenden Abbau der Zölle. Sie lehnen jedoch – im Gegensatz zur EU – einen festgeschriebenen Höchstzoll ab und möchten etwas mehr Produkte als sensitiv einstufen können. Soll der Landwirtschaft nicht der Lebensnerv geraubt werden, muss ein gewisser Grenzschutz (Zölle und sensitive

Produkte) erhalten bleiben. Hingegen sind die G10-Staaten bei der Eliminierung der Exporthilfen und beim Abbau der inländischen handelsverzerrenden Agrarsubventionen flexibel. Sie setzen sich auch dafür ein, dass von den Entwicklungsländern weniger Konzessionen verlangt werden und dass den ärmsten Entwicklungsländern quoten- und zollfreier Zugang gewährt wird.»

Die G10-Staaten rechtfertigen ihre Politik einerseits mit ihrem Status als Nettoimporteure, so Botschafter Frick: «Absolut ist Japan der grösste Nettoimporteur von Lebensmitteln weltweit und die Schweiz/Liechtenstein pro Kopf. Die Schweiz importiert pro Kopf 10-mal mehr Lebensmittel als die EU und 60-mal mehr als die USA. Andererseits verteidigen die G10-Staaten die (in der Schweiz in der Verfassung festgeschriebene) Multifunktionalität der Landwirtschaft, die unter anderem auch das Recht auf die Aufrechterhaltung einer gewissen Eigenproduktion von Agrarprodukten enthält. Die Multifunktionalität der Landwirtschaft wird auch von der G33 (Gruppe von Entwicklungsländern) in gleicher Weise formuliert. Interessant ist überdies, dass die agrarhandelspolitischen Überlegungen der G10-Staaten und der AKP-Staaten (81 Entwicklungsländer im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum) in die gleiche Richtung zielen. Es ist also keineswegs so, dass die G10-Staaten eine isolierte Minderheitsposition vertreten.»

Aktive Mitarbeit Liechtensteins

Wie Norbert Frick abschliessend festhält, orientiert sich die liechtensteinische Landwirtschaftspolitik aufgrund des Zollvertrags eng an der schweizerischen: «Der Grenzschutz ist allein schweizerische Kompetenz. Die liechtensteinische Regierung bekennt sich jedoch voll zur Politik und zu den Verhandlungszielen der von der Schweiz angeführten G10-Staaten und unterstützt Letztere durch ihre aktive Mitarbeit in den WTO-Agrarverhandlungen.»